

Lebenshilfe

Nationalratswahl´17: Inklusions-Analyse der Wahlprogramme

Analyse der Programme der wahlwerbenden Gruppen zur Nationalratswahl 2017 auf Kernforderungen der Lebenshilfe Österreich

Wie kommen Menschen mit Behinderungen vor?

SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	Neos
eigenes dreiseitiges Fact sheet zu Inklusion, Fokussierung auf Rechtsansprüche lt UN Behindertenrechtskonvention	Eigenes , zweiseitiges Kapitel "Menschen mit Behinderungen sind eine Bereicherung für die Gesellschaft und müssen auch dementsprechend daran teilhaben können"	nur zwei Mal kommt das Wort Behinderung vor, bei Pflege im Haushalt und allgemeiner Aussage zum Sozialsystem	entschiedene Fokussierung auf bundeseinheitliche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit bedarfsgerechter ausreichender Finanzierung von persönlicher Assistenz und Ausbau des persönlichen Budgets. Selbstbestimmt und solidarisches Leben als Ziel, eigener 48seitiger Inklusionsbericht	Fähigkeiten jeder_s einzelnen im Mittelpunkt, Gesellschaft sichert Bürger_innen in Zeiten eingeschränkter Erwerbsfähigkeit ab (Alter, Behinderung, ...)

Welches Bild wird von Menschen mit Behinderungen gezeichnet? Welche gesellschaftliche Vorstellung / Inklusion wird gezeichnet?

Menschen mit Behinderungen haben nicht nur ein Recht auf vollkommene soziale Teilhabe, sondern der Staat – Bund wie auch Länder – die unbestreitbare Pflicht, eine solche lückenlos sicherzustellen!	Es wird von Integration gesprochen, insgesamt Stärkung der Starken, Sozialleistungen nur subsidiär, Bürokratie soll abgebaut werden, Menschenwürde in Verfassung verankern	österreichische Staatsbürger gehen vor allen anderen	"Es ist normal anders zu sein"Ein Inklusionsfonds für die Finanzierung der Umsetzung der Forderungen der UN Behindertenrechtskonvention soll geschaffen werden	Chancen für alle statt Privilegien für wenige, Eigenverantwortung, Bürger_innengeld, das allen zusteht und auf eigenem Einkommen nur teilweise angerechnet werden soll, Staat unterstützt Eigeninitiativen
--	--	--	--	--

Verständlichkeit des Textes?	einfache Sprache	klare Sprache	einfache Sprache	sehr klarer Schriftsatz	klar zu lesen
Leichte Sprache? Barrierefreiheit des Textes	Sprachlich recht gut zu lesen, Schrift eher klein, unübersichtliche Graphik	Graphisch manchmal schwer zu lesen (zB Weiß auf Gelb-Druck etc.) kleine Schrift	grafisch gut zu lesen	Versionen des Wahlprogramms in mehreren Abstufungen von LL- Versionen, Version in Braille-Schrift	LL Version des Wahlprogramms liegt vor
Was sagen sie zu inklusiver Bildung?	Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Inklusion! Weiterentwicklung der inklusiven Bildung die Öffnung der Sonderschule und den Transfer der sonderpädagogisch en Kompetenzen und Ressourcen ins Regelschulsystem emeinsame Schule,	Segregierung soll aufrecht bleiben, Begabtenförderung und Fokussierung auf Stärken und Talente ist explizit genannt, bei benachteiligten Kinder sollen in den Ferien und am Nachmittag Förderung angeboten werden um Schwächen auszubessern. Chancengleichheit in Bildung soll im Sinne der Subsidiarität gewährleistet werden.	keine Nennung von Inklusion als Ziel aber Aufrechterhalten der Sonderschule, Argument Wahlmöglichkeit, Ablehnung der Gesamtschule für 10 bis 14 jährige	Ein inklusives Bildungssystem ermöglicht Teilhabe: barrierefreie Ausstattung, gut ausgebildete Pädagog_innen, persönliche Assistenz. Modellregionen zur Gemeinsamen Schule, Chancenindex soll Schulen in herausfordernden Umfeldern helfen benachteiligte SchülerInnen zu unterstützen	Schulen als Ort chancengerechter gesellschaftlicher Durchmischung, am Anfang jeder Chance steht beste Bildung
Was sagen sie zu Selbstbestimmung im Alltag/Persönliche Assistenz?	explizit persönliche Assistenz auch für Menschen mit intellektueller Behinderung gefordert	Persönliche Assistenz soll auch in der Freizeit angeboten werden und einheitlich geregelt werden	keine Aussage	bundesweit soll auch für Menschen mit intellektueller Behinderung für persönliche Assistenz geschaffen werden. AssistentInnen sollen gerecht entlohnt werden.	keine direkte Aussage, siehe Bürger_innengeld

Was sagen Sie zu Inklusiver Arbeit?

Arbeit als erster Punkt des Fact sheets "Inklusion jetzt". mehr Budgetmittel sollen zweckgewidmet werden für die Beschäftigung von Menschen m Behinderungen, Unternehmen, die MmB anstellen, sollen unbürokratisch unterstützt werden, aktive Bewusstseinsbildung	Integrative Berufsausbildung und Teilqualifizierung sollen weiterentwickelt werden. Taschengeld (sic!) in Werkstätten soll erhöht werden um Selbstbestimmung zu erhöhen > Aufrechterhaltung von Sondermodellen!	kommt nicht vor	Beschäftigungsinitiat ive für Menschen mit Behinderungen, die Ausgleichstaxe soll reformiert werden und echten Anreiz zur Anstellung von MmB bieten. MmB sollen beim AMS als eigene Zielgruppe geführt werden. Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes, umfassende Sozialversicherung für MmB in Werkstätten.	Förderung von Eigenverantwortung, Bürger_innengeld soll nur teilweise auf eigenen Verdienst angerechnet werden. Einführung einer Teilarbeitsfähigkeit. Keine Aussage zur Förderung von Beschäftigung von MmB
---	---	-----------------	--	--

Was sagen sie zum Regress von Vermögen?

keine Aussage, aber Vorschlag einer Erbschaftssteuer ab 1Mio mit Zweckwidmung für Pflege	keine Aussage, allgemeine Aussagen zum Erben, nämlich dass jedes Erbe bereits versteuertes Einkommen ist, und deshalb unversteuert weitergegeben werden soll	Sozialstaat bedeutet Risiken durch Alter, Behinderung, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit zu mildern, und dies nur österreichische Staatsbürger	im Inklusionsbericht wird die Abschaffung des Pflegeregesses für MmB in Einrichtungen gefordert. Erbschaftssteuern für Erbschaften ab 500000 Euro	keine Aussage
--	--	--	---	---------------

Was sagen sie zum Pflegegeld?

jährliche
Valorisierung wird
gefordert, Als
ersten Schritt will
die SPÖ eine
Pflegegelderhöhung
für schwerst
behinderte Kinder
sowie die
Übernahme von 50
Prozent der
Kostenbeiträge für
die mobile Pflege
umsetzen.
Finanziert werden
soll dies u.a. über
eine
Erbchaftssteuer
„für die reichsten
zwei Prozent“.

Unterstützung der
pflegenden
Angehörigen. Keine
Aussage zur Höhe des
Pflegegeldes

jährliche
Valorisierung und
Ausbau der
stationären
Einrichtungen
gefordert

im Inklusionsbericht
wird jährliche
Wertanpassung des
Pflegegeldes
gefordert.
flächendeckendes
Pflegeangebot als
gesellschaftl
Aufgabe

Ausbau der mobilen
Pflegedienste,
Finanzierung über
Neuaufstellung des
aktuellen Pflegefonds.